

Rezensionen

Martin Beck: *Friedensprozess im Nahen Osten. Rationalität, Kooperation und politische Rente im Vorderen Orient*. Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2002, 436 S. ISBN 3-531-13724-7

Politische Entwicklungsdynamiken im Vorderen Orient im allgemeinen und das Verhalten der am Nahost-Konflikt beteiligten Akteure im besonderen scheinen sich aus der Perspektive vieler Beobachterinnen und Beobachter rationalen Erklärungskonzepten weitgehend zu entziehen. Nicht selten wird etwa unter kulturalistischem Vorzeichen eine absolute Andersartigkeit postuliert und konstruiert, durch die ein analytischer Blick auf die politischen Geschehnisse im Orient auf der Grundlage historischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse von vorneherein suspendiert und die Region gleichsam mystifiziert wird.

Mit seiner politikwissenschaftlichen Habilitationsschrift gelingt es Martin Beck dem gegenüber einen überzeugenden Beitrag dazu zu leisten, die Forschung über den Vorderen Orient an die theoriegeleitete sozialwissenschaftliche Diskussion anzubinden, auf diese Weise die interregionale Vergleichbarkeit „orientalischer Phänomene“ zu erhöhen und das weitverbreitete stereotype „Orientbild“ zu korrigieren. (32f)

Im Zentrum der Arbeit steht die wechselvolle Dynamik des nahöstlichen Friedensprozesses, die B. zufolge insbesondere drei wissenschaftliche „Rätsel“ (23) aufgibt: Wieso haben sich Israel und die PLO zu Beginn der 1990er Jahre darauf verständigt, ihren jahrzehntelang unregulierten Konflikt künftig kooperativ zu bearbeiten? Warum ist es in den palästinensischen Autonomiegebieten weder zu einem wirtschaftlichen

Aufschwung noch zur Herausbildung eines liberalen, geschweige denn demokratischen Systems gekommen? Wie lassen sich schließlich Krisen, Fortdauer (bis Herbst 2000) und Niedergang des Friedensprozesses erklären? (379)

In den ersten beiden Kapiteln, die ca. ein Drittel der gesamten Arbeit ausmachen, entfaltet und diskutiert B. die theoretischen Grundlagen für seine Analyse der aufgeführten „Rätsel“, die unterschiedliche Subdisziplinen der Politikwissenschaft berühren, nämlich die Internationalen Beziehungen und die Vergleichende Systemanalyse. Ausgehend vom Konzept des subjektiven Zweckrationalismus entwirft B. ein hochkomplexes und ausdifferenziertes theoretisches Instrumentarium, das den situationsstrukturellen Ansatz, der dem Neoinstitutionalismus in den internationalen Beziehungen (IB) verpflichtet ist, und den politisch-ökonomisch orientierten Rentierstaatsansatz miteinander verknüpft. Einen spezifischen Vorzug des situationsstrukturellen Ansatzes, mit dessen Hilfe insbesondere die „Rätsel“ 1 und 3 gelöst werden sollen, sieht B. darin, dass er Prognosen über die Bearbeitung von Konflikten „auf der Basis einer mathematisch fundierten Theorie, der Spieltheorie“, zulasse. (26) Mit Hilfe des politisch-ökonomisch orientierten Rentierstaatskonzeptes, das der Analyse der Entwicklungsdynamiken in den palästinensischen Autonomiegebieten zugrundegelegt wird, lassen sich B. zufolge die Grundcharakteristika der politischen Systeme der Region, insbesondere deren weitreichende Demokratierestistenz überzeugender erklären als dies etwa im Rahmen kulturalistischer Erklärungsmodelle der Fall sei.

Zwischen den Theorieteil und den empirisch-analytischen Hauptteil der Arbeit ist ein außerordentlich knapper historischer Abriss eingefügt, der die Entwicklung des Nahost-Konflikts seit 1882 skizziert. (Kapitel 3, S. 163-177)

Im 4. Kapitel wird schrittweise und präzise nachvollziehbar ein struktureller Wandel des Nahost-Konflikts von einer nicht verregelbaren „Deadlocksituation“, wie sie bis zum 6-Tage-Krieg 1967 bestanden habe, hin zu einer prinzipiell verregelbaren „Dilemmasituation“ (203) in den folgenden Jahrzehnten untersucht. Aus einem unbedingten Herrschaftskonflikt, bei dem das Existenzrecht des israelischen Staates von den arabischen Akteuren grundsätzlich bestritten wurde, sei ein bedingter Herrschaftskonflikt um die Errichtung eines palästinensischen „Ministaates“ auf dem Boden der 1967 von Israel besetzten Gebiete geworden. Als zentrale Ursache für die veränderte gemäßigte Position sowohl der Arabischen Liga als auch der PLO wird die Herausbildung eines Rentierstaatsystems (Petrolismus) im Vorderen Orient seit Anfang der 1970er Jahre diagnostiziert, das insbesondere den Einfluss Saudi Arabiens und der Golfstaaten gestärkt habe, die an einer Stabilisierung der Region interessiert gewesen seien. Demzufolge hätten sie massiv die Fatah innerhalb der PLO und das von ihr vertretene Konzept eines moderaten palästinensischen Nationalismus unterstützt, von dem keine sozialrevolutionäre Bedrohung für die Golfstaaten ausgegangen sei. (223)

Auf der Folie seines spieltheoretisch inspierten situationsstrukturellen Ansatzes vermag B. zu zeigen, dass mit dem strukturellen Konfliktwandel eine Verregelung zwar möglich wurde, aber angesichts ausgeprägter Verteilungskonflikte und Widerstände gegen eine Kooperation seitens der

palästinensischen wie israelischen Gesellschaft unwahrscheinlich blieb. (235) Wodurch aber kam es dann trotz dieser ungünstigen Voraussetzungen zu Beginn der 1990er Jahre zur Initiierung des Friedensprozesses? Einmal mehr beweist B. bei der Lösung dieses „Rätsels“ die überlegene Erklärungskraft seines rententheoretischen Konzeptes: Die „Krise des Petrolismus“, die durch den drastischen Rückgang der Erdölpreise in den 1980er Jahren ausgelöst worden sei, habe die PLO, die sich weitgehend durch politische Rentenzahlungen finanzierte, besonders betroffen. Zudem habe die PLO durch ihre lavierende Politik im Zuge der Golfkriege 1990/91 ihre wichtigsten Finanziers, Saudi Arabien und die Golfstaaten, verloren. Als Ausweg aus der rentenpolitischen Krise entschied sich die PLO B. zufolge zu einer Veränderung ihres Verhaltens im Konflikt mit Israel, um damit neue Finanziers aus der westlichen Staatengemeinschaft zu gewinnen, die ein kooperativeres Verhalten der PLO gegenüber Israel zur Voraussetzung für Hilfszahlungen machten.

Die Entwicklung in den palästinensischen Autonomiegebieten nach den Vereinbarungen von Oslo (1993) steht im Mittelpunkt des 5. Kapitels, das als Glanzstück der Arbeit gewertet werden kann. In einer methodisch umfassend reflektierten und empirisch hochgradig ausdifferenzierten Analyse vermag B. überzeugend zu erhellen, warum es – entgegen begründeter wissenschaftlicher Prognosen und massiver externer Finanzhilfe (270) – weder zu einem dynamischen ökonomischen noch zu einem demokratischen Prozess im palästinensischen „Proto-Staat“ (287) gekommen ist. Als zentrale Bestimmungsfaktoren für den statt dessen stattgefundenen wirtschaftlichen Niedergang und die Herausbildung einer autoritären neo-patrimonialen Herrschaft werden

zum einen die sozioökonomischen Deformationen durch die jahrzehntelange israelische Besatzungspolitik, die fortdauernde israelische Kontrolle über die Verkehrswege in den palästinensischen Gebieten und die Abriegelungspolitik untersucht, zum anderen der Umstand, dass die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) umfassende externe Hilfszahlungen (politische Renten) erhielt. Die Renteneinkünfte gaben B. zufolge der PA die Möglichkeit, manifeste und latente gesellschaftliche Gegenmacht zu marginalisieren (302) und autoritäre Herrschaftsstrukturen zu etablieren. Da die Verteilung von Renteneinkünften in der Regel nicht nach entwicklungspolitischen, sondern nach herrschaftspolitischen Kriterien erfolge, hätten die Hilfszahlungen zudem den Aufbau eines wirtschaftlich ineffizienten Systems befördert. (305f)

Im 6. Kapitel diskutiert B. zentrale Faktoren für die ambivalente Entwicklung des Friedensprozesses bis zum Herbst 2000. Dabei wird insbesondere herausgearbeitet, dass dessen grundsätzliches Scheitern zwar sowohl der PLO als auch Israel mehr Schaden als Nutzen bringen würde, dass aber die Architektur des Friedensprozesses, die die Verregelung der „heißen Eisen“ (Jerusalem, Flüchtlinge, Siedlungen, Sicherheitsregelungen, Staatsfrage etc.) bis zu einer endgültigen Einigung der Konfliktparteien vertagte (351), immer wiederkehrende Krisen hervorgerufen habe. Interessant sind in diesem Zusammenhang nicht zuletzt die gegensätzlichen Einwirkungen der internationalen und der sozietaalen Ebene. Während die internationale Ebene einen kooperationsbegünstigenden Einfluss ausgeübt habe, hätten sowohl die organisierten gesellschaftlichen Interessen als auch die öffentlichen Meinungen in der israelischen wie auch der palästinensischen Gesellschaft mit je unterschiedlichem Ge-

wicht eine Konsolidierung des Friedensprozesses erschwert. (376f) Da die machtpolitische Asymmetrie zwischen Israel und der PLO wie auch die internationalen und sozietaalen Einflussfaktoren die Durchsetzung der israelischen Interessen gegenüber den palästinensischen eindeutig begünstigten, sei schließlich ein endgültiges Scheitern des Friedensprozesses nicht auszuschließen, wenn nämlich die „Schmerzgrenze“ der PLO überschritten werde.

Den dramatischen Niedergang und Zusammenbruch des Friedensprozesses seit dem Herbst 2000, zu dem es nach der eigentlichen Fertigstellung der Arbeit, deren Ergebnisse im 7. Kapitel zusammengefasst werden, gekommen ist, reflektiert B. in einem zusätzlichen Kapitel, das die Entwicklung bis zum Sommer 2001 berücksichtigt. Hierin werden noch einmal die zentralen strukturellen Defekte des Friedensprozesses rekapituliert, deren latente Sprengkraft schließlich manifest geworden sei und langfristige Rationalitäten aus dem Blickfeld der Akteure verdrängt habe. (405)

Insgesamt hat B. mit seiner Habilitationsschrift überzeugend den Nachweis geführt, dass die Dynamiken von Konflikt und Kooperation im Nahen Osten rationalen Erklärungslogiken folgen und dass die der Arbeit zugrunde liegenden „Rätsel“ sich mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Theoriekonzepte plausibel entschlüsseln lassen. Dabei gelingt es ihm in einem eigenen synthetisierenden Analysekonzept, allgemeine Modelle aus der Disziplin der Internationalen Beziehungen mit spezifischen Überlegungen zu integrieren, die charakteristische regionale Merkmale nationaler und internationaler Politik theoretisch konzeptualisieren. Zu den Stärken des Theorieteils gehört, dass immer wieder auch mögliche kritische Einwände reflektiert und diskutiert werden.

Darüber hinaus beweist B. seine wissenschaftliche Souveränität, indem er vor dem Hintergrund seiner schlüssig entfalteten, hochkomplexen empirischen Analyse des Fallbeispiels selbst auf gewisse Grenzen der Reichweite seiner theoretischen Modelle, insbesondere des situationsstrukturellen Ansatzes, verweist und die propagierte Prognosefähigkeit relativiert. (354)

Kritisch zu bewerten ist m. E. die weitgehende Vernachlässigung der historischen Tiefenstrukturen des Konflikts. So vermag der sich auf wenige Seiten beschränkende „Abriß des Nahostkonflikts“, der die Entwicklung des Konflikts seit 1882 skizziert, B.s eigenem Anspruch, „die Komplexität des Konflikts in angemessener Weise“ zu erfassen (163), kaum gerecht zu werden.

Insbesondere in Anbetracht der Bedeutung und Reichweite der „sozietaalen Veto-Veto-Konstellation“(377), der innergesellschaftlichen israelischen wie palästinensischen Widerstände gegen den Friedensprozess, die dessen Niedergang wesentlich mitbedingt haben, wäre ein Erklärungskonzept wünschenswert gewesen, das die historische Dimension des Konflikts in ihrer Mehrschichtigkeit stärker berücksichtigte. Möglicherweise ist der auffallende historische Reduktionismus wie auch die Ausblendung ideologischer Bestimmungsfaktoren und sozialpsychologischer Mechanismen, die historisch zurückliegende, aber intergenerationell fortwirkenden Traumatisierungen in beiden Gesellschaften betreffen (Antisemitismus und Shoah; Flucht/Vertreibung der Palästinenser), vor allem einer generellen Schwäche des gewählten situationsstrukturellen Ansatzes geschuldet.

Diese kritischen Anmerkungen sollen B.s beeindruckende Leistung keineswegs schmälern, der mit seiner Habilitationsschrift die sozialwissenschaftliche Forschung zur Internationalen Politik wie auch zur Analyse po-

litischer Systeme im Vorderen Orient um eine hervorragende empirische Fallstudie bereichert hat. IB-Spezialistinnen, Regionalexperten, Politikberaterinnen und an der Region interessierte Laien dürften beim Studium dieses Buches eine Fülle von Erkenntnissen gewinnen.

Renate Kreile

Martin Khor: *Rethinking Globalization. Critical Issues and Policy Choices*. London & New York: Zed Books/Dhaka: University Press/ Bangkok: White Lotus/Halifax, Nova Scotia: Fernwood Publ./Cape Town: David Philip/Penang: Third World Network/Bangalore: Books for Change 2001, 144 S.

Der vorliegende Text entstand Anfang 2000 unter dem Eindruck der WTO-Konferenz in Seattle Ende 1999 als UNCTAD Discussion Paper. Sein Autor ist Direktor des Third World Network und Vorstandsmitglied der Consumers' Association in Penang, Malaysia. Es geht ihm unverkennbar darum, Handreichungen für eine effektivere Interessenvertretung durch Regierungen (meist chiffriert als "Länder") des Südens in den internationalen Institutionen zu geben. Genau in dieser Hinsicht ist das kurze, flüssig geschriebene Buch auch interessant. Wer sich ein wenig um die Probleme gekümmert hat, die zusammenfassend als "Globalisierung" diskutiert werden, wird wenig Neues finden und manches auch vermissen. Spannend wird es eher da, wo ausgehend vom Scheitern der Konferenz in Seattle die Gründe reflektiert werden, warum die Interessen des Südens und diejenigen, die den Auftrag haben, sie zu vertreten, in den internationalen Wirtschaftsgremien, insbesondere den Bretton-Woods-Institutionen, der Uruguay-Runde des GATT und der daraus hervorgegan-

genen Welthandelsorganisation (WTO), marginalisiert worden sind. Dabei spricht Martin Khor den Verhandlungen im internationalen institutionellen Rahmen eine so überragende Bedeutung zu, daß das Scheitern der Konferenz von Seattle *ausschließlich* dem Zorn vieler Delegationsmitglieder aus dem Süden zugeschrieben wird, der sich an der Konferenzregie und den vielen abgeschirmten Kungelrunden ("Green Room"-Treffen) sowie der substanziellen Weigerung der Vertreter des Nordens entzündete, den Beschwerden über die Benachteiligung des Südens durch die WTO-Bestimmungen ernsthaft entgegenzukommen. Was draußen, auf den Straßen vor den Hotels und Tagungsstätten geschah und gelegentlich sogar in sie einzubrechen begann, wird überhaupt nicht erwähnt.

Thema sind also die Struktur der internationalen Handels- und Finanzbeziehungen und die Gründe für die Benachteiligung der „Entwicklungsländer“ die K. in sämtlichen Bereichen konstatiert. Dabei geht es natürlich nicht allein um Transparenz. Ein wichtiges Thema ist die Kompetenz, mit der Verhandlungen geführt werden. Nicht nur sind „die Entwicklungsländer in ihren eigenen Ländern (sic) nicht gut organisiert“, d.h. es fehlt das notwendige Personal und es gibt zu wenig Querverbindungen zu einem für Politikberatung nutzbar zu machenden Wissenschaftsbereich (22). Bei der Uruguay-Runde verfügten zudem „viele Entwicklungsländer nicht über die Fähigkeit, den Verhandlungen zu folgen, geschweige denn, aktiv daran teilzunehmen und verstanden nicht vollständig, worauf sie sich festlegten“ (42). Aus den „extrem begrenzten menschlichen, technischen und finanziellen Ressourcen der Entwicklungsländer und ihrer Diplomaten und politischen Planer“ (49) folgt für K., daß Handelskonferenzen etwa nicht thematisch überfrachtet werden

dürfen, daß aber auch diejenigen, die Politik gestalten, „eine richtige Vorstellung davon“ haben müssen, was sie tun (75). Unter diesem Aspekt entwickelt und begründet er dann eine differenzierte Bewertung zentraler Instrumente wie etwa Schuldenaufnahme oder Auslandsinvestitionen, erhebt aber auch programmatische Forderungen wie die, daß „das Hauptziel des multilateralen Handelssystems die Entwicklung der Entwicklungsländer“ sein solle (50). Insgesamt geht es um „selektive“ Liberalisierung (117), den institutionellen Ausbau der Süd-Süd-Kooperation, eine Stärkung der UN und ihrer Unterorganisationen als des „universellsten und demokratischsten Forums“ auch unter der Voraussetzung einer Reform von IMF, Weltbank und WTO (121), eine Ausbalancierung von „Markt“ und „Staat“ sowie eine „nachhaltige Entwicklung“ unter der Voraussetzung, daß „alle anerkennen, daß der Norden den größten Teil der Last und der Verantwortung für die Anpassung an ökologisch solide Produktionsformen zu tragen hat“ (125). Wie dieser Wunschzettel politisch durchgesetzt werden könnte, dazu äußert K. sich freilich nicht. Es bleibt daher eher das Plädoyer für eine vorsichtige *nationale* Politik im gesamten Bereich der Außenwirtschaft, im Handel, Geldverkehr und Investitionspolitik.

Reinhart Kößler

Karl Kautsky; Leo Trotzki; John Dewey: *Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik*. Mit einer Einleitung und einer Bibliographie herausgegeben von Ulrich Kohlmann. Lüneburg: zu Klampen! 2001, 176 S.

Was manchem ersten Blick als Anachronismus erscheinen mag, hätte kaum zu einem passenderen Zeitpunkt erscheinen

können: die Zusammenfassung der wesentlichen Argumente gegen und für den Roten Terror der Sowjetmacht, die Karl Kautsky, Cheftheoretiker und Gralshüter der Zweiten Internationale, und Leo Trotzki als Kriegskommissar mitten im Russischen Bürgerkrieg 1919 miteinander austauschten, gefolgt von der etwas längeren Abhandlung Trotzki's *Ihre Moral und unsere* von 1938, also in Frontstellung zum Stalinismus geschrieben, und der zeitgenössischen Bewertung von Trotzki's Argumentation durch den Mitbegründer des amerikanischen Pragmatismus John Dewey. Seinen Wert erhält das Buch aber erst eigentlich durch die kenntnisreiche und informative Skizze der Zweck-Mittel-Debatte in der Neuzeit, die Ulrich Kohlmann auf reichlich 50 Seiten dem Ganzen vorangestellt hat. Wer noch glaubt, Machiavelli sei unmoralisch oder die Jesuiten hätten den Spruch „Der Zweck heiligt die Mittel“ erfunden, wird hier eines Besseren belehrt. Wichtiger aber dürfte die eingehendere Analyse der Überlegungen Max Webers sein, die nicht nur ergibt, dass es sich bei der oft berufenen, wenig verstandenen Gegenüberstellung von Verantwortung- und Gesinnungsethik „um ein handfestes Dilemma handelt“, sondern dass zugleich die Auflösung dieses Dilemmas nach der einen oder anderen Seite nicht „die Möglichkeit moralischer Schuld“ für „beide Positionen“ eliminiere, woraus sich die Forderung ergibt, „sich noch über die letzten Wertimplikationen des eigenen Handelns wie über dessen reale Konsequenzen umfassend Rechenschaft zu geben und die Last selbstzuverantwortender Entscheidungen zu tragen“ (25f).

Wie Kohlmann einleuchtend herausarbeitet, kontrastiert diese Sicht in aufschlußreicher Weise mit der Position sowohl Kautskys als auch Trotzki's. Bei beiden

hängt nämlich „alles von der Kategorie der historischen Notwendigkeit ab“ (30): Kautskys Überlegungen kreisen um die „Reife“ der Verhältnisse und den für ihn – wie Trotzki nachdrücklich erinnert, unter Ausblendung des soeben beendeten Weltkrieges, der „größte(n) Katastrophe der Weltgeschichte“ (93) – nicht hintergehbaren Fortschritt der menschlichen Gesittung. Die Gewaltanwendung der Sowjetmacht ist für ihn vor allem ein Verstoß gegen die Gesetze der Geschichte, die er so weit systematisiert hat, dass auch das „Lumpenproletariat“ in eine evolutionäre Abfolge zum „industriellen Proletariat“ (66) gerät. Weil Russland nicht „reif“ ist für die sozialistische Revolution, wird es nun unweigerlich der „drückendste(n) aller Despotien“ anheimfallen (75). Dieser Schematismus hindert Kautsky freilich nicht an Einsichten wie der, dass die Korruption des Sowjetapparates durch den Mangel an Pressefreiheit verschärft werde, die durch den pauschalen Liberalismuskorruption Trotzkis nicht konterkariert werden. Aber entscheidend ist dessen These, die eingesetzten Mittel seien zur Erreichung des durch den Entwicklungsgang vorgezeichneten Ziels – der Befreiung – unerlässlich und hätten sich angesichts dieses Zieles allein an der „Zweckmäßigkeit“ zu orientieren (104). Dabei wird freilich die von Kautsky aufgeworfene Frage der Kongruenz zwischen Mitteln und Zielen eskamotiert. Insgesamt aber zeigt sich hier wie in anderen Bereichen der im vorliegenden Band der Themstellung entsprechend nur auszugsweise dokumentierten, bitteren Kontroverse, dass sich beide Seiten auf gemeinsamen Grundlagen bewegten. Anders gesagt: Die Bolschewiki waren radikale Links-Kautskyaner, nur wollte Kautsky das ebensowenig wahrhaben wie seine sozialdemokratischen Bewunderer.

Weit differenzierter äußert sich Trotzki in seiner Broschüre von 1938, ohne freilich die Grundposition von 1919 zu verlassen. Hier besteht er vor allem auf der Kontextgebundenheit moralisch zu bewertender Handlungen. Dabei wird der Kontext letztlich durch die Partei bestimmt, die „die höchsten Aufgaben und Ziele der Menschheit verkörpert“, die darin bestehen „die Macht des Menschen über die Natur zu vermehren und die Macht des Menschen über den Menschen zu vernichten“. Die „Regeln“ der an diesem Ziel orientierten „Befreiungsmoral“ „leiten sich aus den Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft ab, also in erster Linie aus dem Klassenkampf, dem obersten aller Gesetze“ (151). Daraus ergibt sich dann – immer unter der Prämisse der Führung der Partei – alles weitere, wenn auch die Resultate des Handelns eine gewisse Prüfungsinstanz darstellen: „Man muß Weizen säen, um Weizenähren zu ernten“ (152). Es mag nun überraschen, dass Dewey alledem zustimmt, bis auf den springenden Punkt, dass er „jedes fixe Vorurteil darüber“ ablehnt, „welches diese Mittel [zur Befreiung der Menschheit] sein müssen“ und weiterhin fordert, „daß jedes vorgeschlagene Mittel ausdrücklich nach Maßgabe seiner wahrscheinlichen Folgen ... beurteilt“ wird (164). Diese „freie und vorurteilslose Suche nach den Mitteln“ (166f) sei nach Trotzki's nomothetischen Vorgaben nicht mehr möglich. Damit werde es auch unmöglich, „Mittel ... auf der Grundlage ihrer Beziehung zu dem moralischen Zweck der Befreiung der Menschheit“ zu suchen und auszuwählen (167). Es wäre hinzuzufügen, dass Trotzki's moraltheoretische Überlegungen nichts dazu beitragen können, die eigene, von ihm in den Kontext des Sowjetthermidor und der Entartung des Regimes eingetragene und mög-

licherweise weltgeschichtlich so folgenreiche Niederlage gegen die Stalinisten verständlich zu machen.

Kohlmann zieht die Linien der Reflektion über Zweck und Mittel über die dokumentierte Kontroverse hinaus und geht noch ausführlicher auf die Auseinandersetzung vor allem der französischen Existenzialisten um das Verhältnis von Moral und Politik ein. Die scharfen Kontroversen entzündeten sich an der Realität des Stalinismus, zumal der Moskauer Prozesse gegen die alte bolschewistische Garde mit der scharfen Kritik Arthur Koestlers und den ebenso entschiedenen Gegenargumenten von Maurice Merleau-Ponty. Kohlmann verweist vor allem auf die Inkongruenzen Merleau-Pontys, wenn dieser in *Humanismus und Terror* einerseits ein begrenztes Verständnis für die geschichtsdeterministische Argumentation aufbrachte, die den Moskauer Prozessen zugrundelag und insbesondere in dem Schlusswort Bucharins in der Pointe zum Ausdruck kam, die Weltgeschichte sei das Weltgericht, andererseits aber die nicht ablösbare Kontingenz eines jeden Handelns betont, die dieses „immer Risikohandeln“ sein lässt und damit „Gewalt ... moralphilosophisch ungedeckt“ lässt (47) – was gerade nicht heißt, sie sei per se verwerflich, aber mit allen Konsequenzen und Unwägbarkeiten individuell zu verantworten. Die nach dem Zweiten Weltkrieg überaus scharf geführte Kontroverse zwischen Albert Camus und Jean-Paul Sartre und deren Weiterführung durch Simone de Beauvoir rollen teilweise in literarischer Form und an Paradigmen von Befreiungs- und Widerstandskämpfen die Frage von Gewalt sowie der Zweck-Mittel-Relation wieder auf. Dies führt in Kohlmanns Zusammenfassung letztlich dazu, mit Beauvoir Aporien anzuerkennen, in denen Handeln ebenso wie Nicht-Handeln in Schuld verstricken muss, und „Moral ... (das) Aufsichnehmen einer die Ruhe des

guten Gewissens ausschließenden Freiheit“ ist (62). Auch die nur kurz angesprochene spätere, von Kohlmann im „veränderten gesellschaftspolitischen Horizont“ „nun vor allem reformorientierter“ Fragestellungen situierte Debatte (63) verweist jenseits einer „monistisch ansetzenden normativen Ethik“ auf die „individuelle moralische Erfahrung“ und eine „kontextsensitive Erforschung spezifischer Einzelprobleme“. Für diese Perspektive sieht Kohlmann auch Anhaltspunkte etwa in der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes (63f).

Damit ist sicher nicht dem Voluntarismus das Wort geredet, sondern die Problematik individueller Verantwortung für Tun und Lassen nachdrücklich herausgestellt. Spannend und dringend wäre freilich die Frage, wie sich die Dinge darstellen, wenn es nicht ausschließlich um Reformorientierung geht. Césaire oder Fanon und wiederum Sartre zumindest wären hierzu noch zu hören gewesen, ebenso wie übrigens Gandhi, der in dem ganzen Buch nur in einer abfälligen Bemerkung Trotzki vorkommt. Damit wäre zugleich ein Anfang gemacht, die „Neuzeit“ ihres bei allem Verdienst für Kohlmann wohl ganz unwillkürlich eurozentrischen Charakters zu entkleiden.

Reinhart Kößler

Ronaldo Munck: *Marx @ 2000. Late Marxist Perspectives*. London & New York: Zed Books 2002, 166 S.

Kein Zweifel: Ronaldo Munck gehört zur Crème der Entwicklungssoziologie und Entwicklungstheorie. Wer auch noch das Lob von Ernesto Laclau, Robin Cohen und Bob Jessop auf der Rückseite der Taschenausgabe dieser erstmals 2000 erschienenen, ausdrücklich nach vorn gerichteten Bilanz von Marxscher Theorie und Marxismus nach 1989/91 zur Kenntnis nimmt,

wird vielleicht zögern, hier ernstliche Kritik zu äußern. Das wäre aber grundverkehrt.

M. will sich mit dem für ihn absehbaren Wiederaufleben des Interesses für Marx und Marxismus auseinandersetzen, was unweigerlich auch die Auseinandersetzung mit den Schwächen und Widersprüchen der Marxschen Theorie und erst recht der unterschiedlichen Versionen des Marxismus einschließt. Und das erfordert natürlich, „in die wirkliche Welt von Marx einzutauchen“ (2). Problematischer schon erscheint mir die weitere Prämisse, Marx sei heute unter dem Gesichtspunkt eines „postmodernen Sozialismus“ (20) zu lesen. Erst recht problematisch ist M.s Vorgehen, das, was er unter Postmoderne versteht, beständig mit dem Buchstaben Marxscher Zitate oder auch zuweilen recht subjektiv ausgewählter Abschnitte der marxistischen Tradition abzugleichen. Dann lässt sich natürlich relativ leicht nach dem Prinzip verfahren, „die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen“. Nur fragt sich doch sehr, ob damit das zu leisten ist, worum es bei solchen Unternehmen zu allererst gehen sollte: sich des „Erbes“ (Ernst Bloch) zu vergewissern, dass es bei Marx zu gewinnen gibt.

M. betrachtet nacheinander „Marxismus und Natur“, das Verhältnis von „Marxismus und Entwicklung“, die Arbeiter- und damit die Klassenfrage, die „unglückliche Ehe: Marxismus und Frauen“, Kultur und die Überbauthese, das Verhältnis des Marxismus zur Nation und schließlich die Möglichkeiten eines „Post(modernen)-Marxismus“. Bis auf das letzte Kapitel resümieren alle die Position von Marx zum jeweiligen Themenkomplex, um dann wesentliche Aspekte aus der Entwicklung des Marxismus aufzunehmen und schließlich den Anschluss an die aktuelle Problematik und Debatte zu finden. Ganz sicher sind eine Reihe von Passagen informativ und anre-

gend. Das gilt insbesondere für die Kapitel zur Arbeiterklasse, zu Frauen und zur Kultur mit einem starken Akzent auf Gramsci. Doch schleichen sich immer wieder Fehler und problematische Bewertungen ein, die das Ganze wenig überzeugend erscheinen lassen. So bemüht M. im Hinblick auf die – von ihm kaum aus den Primärtexten entwickelte, aber ebensowenig abzustreitende – Ambivalenz des Marxschen Naturbezugs zunächst Blochs vielmehr auf marxistische Politik und Mobilisierungsstrategien gemünztes Bild vom „Kälte-“ und „Wärmestrom“, meint, „Marxismus als Kritik“ müsse sich gegenüber „dem Grünen“ anders verhalten als Marx gegenüber Malthus und verurteilt Engels' Dialektik der Natur nicht anders, als Lukács dies bereits 1923 getan hat, als platt szientistisch (alles 24), freilich unter Berufung auf das wegweisende Buch von Alfred Schmidt von 1962. Inzwischen sollte aber z.B. das enthusiastische Lob doch zu denken geben, das Ilya Prigogine, Träger des Nobelpreises für Chemie und einer Begründer der Chaostheorie, für Engels gefunden hat. Und nach der Devise wie M., „Marx ins Töpfchen, Engels ins Kröpfchen“ kann eigentlich nur verfahren, wer einfach die aus Texten, Briefwechsel oder längst publizierten Exzerptheften leicht zu entnehmende, entscheidende Rolle ignoriert, die Marx bei all dem Inkriminierten vom *Antidürring* bis zum *Ursprung der Familie* gespielt hat. Es geht M. aber nicht um die systematische Rekonstruktion von Theorie, sondern um den Abgleich von Aussagen. So stellt er auch den „produktivistischen prometheischen Themen des marxistischen Hauptstromes“ einfach „viele progressive Strömungen wie den Ökofeminismus“ gegenüber (38), ohne auch nur zu fragen, ob dessen Vertreterinnen sich gern so einfach fortschrittlich nennen lassen.

Nicht zufällig gerät M.s Verfahren immer wieder zum (meist) negativen Abziehbild sattem bekannter Zitatenschlachten, mit quer aus den blauen Bänden (leider ist die Bibliographie unvollständig, so dass die Quellen nicht immer sicher nachvollziehbar sind) bezogener Munition, gelegentlich freilich auch als Sekundärliteratur, was bei Texten, die inzwischen sämtlich auf Englisch im Internet stehen, nichts als Faulheit verrät. Und wenn für die Stalinisten Theorie „Anleitung zum Handeln“ war, so ist dies für M. die „Ideologie“ (127), ohne dass er es nötig befindet, so etwas wie Ideologiekritik, wo Marx schließlich Vorbildliches geleistet hat, auch nur zu erwähnen. Auf dieser Ebene liegt es auch, wenn zur Kritik an Lenins Analyse der Entwicklung des russischen Kapitalismus M. schon der Hinweis ausreicht, dieser habe Strukturen als kapitalistisch bezeichnet, die Marx als vorkapitalistisch interpretiert hatte (46). Was M. dem Marxschen Werk (und den an es anschließenden Theorietraditionen) verweigert, ist genau das, was Marx einmal unternommen hatte: die immanente Kritik, oder anders und mit gar nicht so großer Verschiebung gesagt: eine Diskursanalyse, die sich freilich des Diskurses erst einmal zu vergewissern hätte. Wer bei einem solchen Unterfangen aber noch nicht einmal den Terminus der Kritik der politischen Ökonomie zu benötigen glaubt, macht es sich entschieden zu leicht und ist womöglich unfreiwillig weniger „postmodern“ als Marx selber. Drastisch zeigt sich dies an der längere Zeit, vor allem im Kontext der gesellschaftlichen Bewertung der Hausarbeit debattierten Frage der produktiven und unproduktiven Arbeit. M. erfasst nicht die bissige Ironie, mit der Marx die Verhältnisse unter dem Kapitalismus als verkehrt, als Zaubergarten darstellt, wo derselben Handlung je nach ihrem Verhältnis zu

Markt und Lohnarbeit gesellschaftlicher Wert zugewiesen wird oder sie als unwert erscheint. Marx hat sicherlich keinen gendersensitiven Diskurs geführt, aber gerade in diesem Punkt eröffnet er hoch interessante Perspektiven dazu, *weil* er sich ausführlich auf die Dekonstruktion des Diskurses der politischen Ökonomie eingelassen hat. Wenn schon nach Marx und Postmoderne gefragt wird, müsste dies einer der spannendsten Ansatzpunkte sein. Aber dazu müsste man sich erst auf den Marxschen Grundansatz einlassen – oder auf die *lecture* von Althusser und Balibar – anstatt Zitatenhascherei zu betreiben

Nicht viel besser steht es bei der Auseinandersetzung mit den Nachfolgern. Natürlich „entwickelte“ nicht Lenin „das Etikett ‚Volkstümlertum‘ (*populism*)“ (45), sondern die *narodniki* nannten sich selbst so (und es gab in den USA eine *Populist Party*, lange bevor sich jemand die Mühe machte, Lenin ins Englische zu übersetzen). Seine Marxinterpretation folgte auch weniger „Engels’ Spuren“ (45), als denen Plechanovs (der nicht vorkommt) und vor allem Kautskys, den M. sich aber für eine spätere Verwendung als eine Art Proto-Gramsci aufhebt. Dafür verzichtet M. in wahrhaft schockierender Weise auf die Kontextualisierung der Schicksale und Fortentwicklungen der Marxschen Theorie: Lenins Imperialismustheorie ist ebensowenig wie seine „theoretische Tat“ (Georg Lukács) vom April und Oktober 1917 zu verstehen ohne das Schockerlebnis des Ersten Weltkrieges und des Zusammenbruchs der Zweiten Internationale. Beide Weltkriege des 20. Jahrhunderts kommen bei M. ebensowenig vor wie die Naziherrschaft und die Shoah. All dies hat aber wohl unstrittig eine entscheidende Rolle gespielt sowohl für die von M. thematisierte nationalistische Wendung vieler und der beherrschenden – aber eben nicht

aller – Strömungen im Marxismus zumal in der damaligen Kolonialwelt, als auch für den Zusammenhang zwischen Stalinismus und Antifaschismus vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch die Überwindung des Eurozentrismus kann kein Argument dafür sein, solche Leerstellen zu schaffen, und wer die Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht vor allem in ihren zentralen Katastrophen reflektiert, kann auch nicht hoffen, die Bedeutung der Marxschen Theorie oder von irgend etwas sonst zu Beginn des 21. zu ergründen. Bei Gramsci wirft M. schließlich die Kategorien so weit durcheinander, dass „Lenins Rußland“ der „Grabenkrieg“ zugeschrieben wird (110), wo doch für Gramsci die „Kasematten“ der bürgerlichen Gesellschaft, der Ort des „Stellungskrieges“, gerade in der – in Russland fehlenden – Zivilgesellschaft zu suchen waren, und die Taktik der Bolschewiki demgegenüber als „Bewegungskrieg“ erscheint.

Und so geht es weiter. Wenn Derrida nach dem Tod der „Dogmenmaschine“ ... kein Alibi mehr hat, Marx zu umgehen“ (20), so hat M. sich ihm allenfalls auf kleinen Teilabschnitten gestellt.

Reinhart Kößler

Michael Hinz: Der Zivilisationsprozess: Mythos oder Realität? Wissenschaftssoziologische Untersuchungen zur Elias-Duerr-Kontroverse. Opladen: Leske + Budrich 2002, 430 S.

Die 1988 von Hans-Peter Duerr eröffnete Kontroverse über die Konzeption des Prozesses der Zivilisation von Norbert Elias hat seinerzeit hohe Wellen geschlagen und sich trotz der damals in dieser Zeitschrift (Nr. 32, S. 89) richtig prognostizierten Redundanz der Duerrschen Folgebände bis weit in die 1990er Jahre hinein immer wie-

der erneuert. Michael Hinz legt nun eine Analyse dieser Auseinandersetzung vor, die weit mehr unternimmt als den Gang der Argumente nachzuzeichnen und sie gegeneinander abzuwägen. Vielmehr wird die Eliassche Theorie *in toto* rekonstruiert, nicht zuletzt mit dem Effekt, dass Duerr die Beschränkung auf das frühe, bereits in den 1930er Jahren erschienene Buch vom Prozess der Zivilisation zum Vorwurf gemacht wird. Aber auch der Werdegang der beiden Protagonisten wird bis in individualpsychologische Konjekturen hinein verfolgt, und die Rezeption von Duerrs bis 1997 auf vier Bände angeschwollener Elias-Kritik wird mit großer Detailliertheit auseinandergelagt und wissenschaftssoziologisch analysiert. Schließlich hat es H. unternommen, die Duerrsche Kritik selbst mit zwei "zivilisationstheoretischen" Skizzen zu konterkarieren, die sich mit den "Inuit/Eskimo" (Kap. 5) sowie "westeuropäischen Stadt- und Staatenbildungsprozessen" (Kap. 6) befassen, um zum einen die These Duerrs von der Universalität sozialer Kontrolle und restringiertem Verhalten zu konterkarieren und zum anderen eine zugestandene Lücke in der Argumentation von Elias zu schließen.

Ein solches Unterfangen trägt ohne Zweifel sein Verdienst in sich. Nicht zuletzt liefert H. mit dem Ziel, einmal mehr und sehr exakt nachzuweisen, dass Duerr bestenfalls einen Teil der Theorie von Elias überhaupt thematisiert hat, eine kompakte und reflektierte Einführung in dessen Werk. Hier ist vor allem hervorzuheben, dass Duerr die bei Elias zentrale enge Verkoppelung von Mikro- und Makroebn, von „Psychogenese“ und „Soziogenese“ wie überhaupt den gesellschaftstheoretischen Gehalt von Elias im Wesentlichen ignoriert. Dem Verweis Duerrs auf die von ihm zumindest implizit, von der ihm zustimmenden Kritik in der

konservativen Presse explizit beklagten Lockerung der Sitten zumal im 20. Jahrhundert stellt H. die von Elias und seinen Schülern vorgebrachte These von der Informalisierung entgegen, nach der die internalisierten Kontrollen weniger formelle Regeln erfordern. Wenn H. dazu auch empirische Studien zitiert, mag sich nach der bei Niederschrift zu Ende gehenden Badesaison jede und jeder die Frage nach der Validität ganz lebensweltlich selbst vorlegen. Nicht zuletzt eröffnet H. in dem Bestreben, dem Werdegang der beiden Kontrahenten nachzuspüren, interessante wissenschaftshistorische Perspektiven, die sich zufällig oder nicht auf zwei zentrale Phasen der Heidelberger Soziologie beziehen, die sich vor allem mit den Namen Alfred Webers und W.E. Mühlmanns verbinden.

Insgesamt mag es akzeptabel erscheinen, wenn H. in weiten Teilen die Position von Elias einnimmt, zumal er erkennbar von den Invektiven und der Sprache Duerrs abgestoßen ist – ein Punkt, den er freilich überraschenderweise nicht thematisiert, denn die demonstrativ sexualisierte Sprache vor allem in Duerrs Antikritiken ist eigentlich gegenstandsrelevant. Nur in den wissenschaftssoziologischen Überlegungen des Abschlusskapitels distanziiert sich H. von der allzu frommen Attitüde derer, die vor allem während der 1980er Jahre Elias als Klassiker behandelt hätten und konstatiert eine kritischere Haltung – zu der auch Duerrs versuchter „Denkmalsturz“ gehören soll – als Ausdruck seiner endgültigen Aufnahme in den Kanon. Problematischer ist es, wenn H. deutliche Leerstellen bei Elias vor allem im Hinblick auf die zentralen „Entzivilisierungsschübe“ des 20. Jahrhunderts durch dessen Traumatisierungserfahrungen zumal als Soldat im Ersten Weltkrieg entschuldigt, andererseits aber gegenüber Duerr das Distanzierungs-

postulat von Elias einklagt. Ähnlich fragwürdig ist der Vorwurf, Duerr habe es versäumt, spätere, erst nach Erscheinen des ersten Bandes seiner Elias-Kritik oder gar erst 2001 erschienene Elias-Schriften oder auch das von H. benutzte Material aus dem Nachlass zu berücksichtigen. Das alles aufgearbeitet zu haben ist überaus nützlich, aber der Anachronismus-Vorwurf fällt hier auf den Autor zurück.

Das zentrale Ärgernis, das Duerr vor allem von Seiten Vieler, die sich – nicht nur im Rahmen der Ethnologie – mit außereuropäischen Gesellschaften befassen, zumindest Anfangssympathien gesichert haben dürfte, ist das, was H. den „Kolonialismusverdacht“ gegenüber Elias' Zivilisationstheorie nennt. Freilich ist – auch gegenüber Duerr – festzuhalten, dass es weniger um unterschiedliche Schamswellen (oder, wie H. mit Elias differenziert, Bereiche der Peinlichkeit) geht, sondern um die Konstruktion des gesellschaftlichen Prozesses, nach dem „zivilisierte“ Verhaltensweisen in der Form eines *trickle down* sich allmählich auf der Welt verbreiten. Dieses Konzept trifft nicht nur der Evolutionismus-Vorwurf; schwerer wiegt, dass es den unlösbaren Zusammenhang zwischen „zivilisierten“ Verhaltensweisen wie Anstand unter seinesgleichen, Beherrschung und Langsicht einerseits und brutaler und hemmungsloser Gewaltausübung *nach außen* andererseits völlig ignoriert. Das betrifft schließlich nicht nur Kolonialismus und Kolonialkriege, son-

dern auch die Kriege des 20. Jahrhunderts in Europa und vor allem den NS. Hier genügt es nicht, auf „Entzivilisierungsschübe“ zu verweisen, wenn nicht die *Einheit* des Prozesses erfasst wird. Dafür interessiert sich Duerr freilich offenbar genauso wenig.

H.s eigene Zusammenfassung von Literatur zu den Inuit wimmelt von evolutionistischen Stufen-Konzepten. Weniger formal und ernster zu nehmen ist die Annahme, die durch die neuere Forschung zu geschlechtssymmetrischen Gesellschaften wohl als widerlegt gelten dürfte, Zivilisierung sei gleichbedeutend mit der Eindämmung von Gewalt gegen Frauen und der Verbesserung ihrer Lage. Bemerkenswert ist auch die Einordnung der Palästinenser „Anfang des 21. Jahrhunderts“ unter die „vorstaatlichen ‘Ethnien’“. Vielleicht hätte ein Nachfassen bei solchen Fragen komplexere und vielgestaltigere Entwicklungslinien zutage gefördert, als sie hier allen Dementis gegenüber Fortschrittsoptimismus zum Trotz immer wieder unterstellt werden. Und in einer Zeit, wo der „Kampf der Kulturen“ durch die Leitartikel und Feuilletons tobt, ist das leider nicht nur ein akademisches Anliegen, Distanz hin oder her.

Dennoch: Wer Elias verstehen will und Hinweise sucht, wie seine Ansätze weiterentwickelt wurden und werden, findet bei H. eine Fülle von Anregungen. Sein Buch ist in jedem Fall ein nützlicher Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung.

Reinhart Kößler